LTWP-4 4. Vernetzte Verkehrsangebote – Nachhaltige Mobilität

Gremium:	Landesvorstand
Beschlussdatum:	17.09.2020
Tagesordnungspunkt:	0. Kapitel 4 Mobilitätsgarantie – Mobilitätswende

Text

Ältere Menschen auf dem Dorf, Kinder in der Stadt, mehrköpfige Familien, Jugendliche zu später Stunde, Berufstätige in der Rush Hour: Jeder Mensch hat das Recht auf Mobilität. Sie ermöglicht Freiheit und Teilhabe und ist Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge.Mobil sein heißt, am gesellschaftlichen und kulturellen Leben teilnehmen, ins Theater, zu einem Konzert oder einem Fußballspiel gehen zu können.

Für uns GRÜNE ist selbstverständlich: Jede*r muss für den Weg zur Arbeit, zum Einkaufen und für Freizeitaktivitäten ein gutes Angebot des Nahverkehrs vor Ort haben – auch und gerade im ländlichen Raum. Dabei haben wir GRÜNE die unterschiedlichen Herausforderungen des ländlichen Raums und der städtischen Mobilität fest im Blick. Wir wollen deshalb das Angebot im Nahverkehr und auf der Schiene erheblich steigern, alternative Konzepte wie E-Dorfautos und Carsharing unterstützen und sichere Wege für Radfahrer*innen schaffen. Besonderes Augenmerk legen wir auf die Barrierefreiheit des öffentlichen Raums und des Nahverkehrs.

Doch eine bessere Infrastruktur allein genügt uns nicht. Unsere Mobilität muss auch klimaneutral werden und die Menschen vor Luftschadstoffen schützen. Noch immer ist der Verkehr für ein Fünftel des CO2-Ausstoßes in Deutschland verantwortlich. CO2 in der Atmosphäre verstärkt den Treibhauseffekt und treibt damit die Klimakrise weiter voran. Deshalb wollen wir im Verkehr umsteuern und alternative Antriebsformen wie die E-Mobilität ausbauen. Taxiunternehmen oder soziale Dienste möchten wir mit E-Gutscheinen unterstützen, um sie zu einer E-Flotte umzurüsten. Der Wirtschaft geben wir damit neue Impulse für die Mobilität von morgen und ebnen gleichzeitig den Weg in unsere klimaneutrale Zukunft.

Attraktiver und bezahlbarer Nahverkehr

1.000-mal um den Globus: So viele Zugkilometer kommen jährlich in Rheinland-Pfalz zusammen. Gelungen ist dies durch den weiteren Ausbau des Rheinland-Pfalz-Taktes mit uns GRÜNEN. Wir haben den Busverkehr zunächst im Norden des Landes mit ÖPNV-Konzepten erweitert, schrittweise werden sie nun auch in den anderen Verbünden eingeführt. Das heißt: Taktverkehr im Bussystem, Bedienung an allen Wochentagen, Anbindung kleinerer Orte, verknüpfte Reiseketten und eine bessere Anbindung an die Schiene.

Angebot schafft Nachfrage. Wir wollen den Nahverkehr soweit stärken, dass der Modal-Split-Anteil (der Anteil des jeweiligen Verkehrsmittels) in Rheinland-Pfalz an allen zurückgelegten Kilometern von aktuell acht Prozent auf über 20 Prozent im Jahr 2030 steigt. Das bedeutet: Mehr investieren, mehr Planungskapazitäten schaffen. Wir setzen uns deshalb auf Landes- und Bundesebene dafür ein, die Mittel für Investition und Regionalisierung deutlich zu steigern. Gerade um Projekte wie neue Straßenbahnlinien und Schienenverkehr zu realisieren, werden wir uns auf Bundesebene dafür einsetzen, dass die positiven

Auswirkungen auf Klima und Umwelt bei Nutzen-Kosten Untersuchungen deutlich umfangreicher berücksichtigt werden.

Bis zum Jahr 2025 sollen 70 Prozent aller genutzten Schienenwege elektrifiziert sein. Wo dies nicht gelingt, wollen wir batterie- oder wasserstoffbetriebene Züge einsetzen. Auf Bundesebene werden wir dafür eintreten, dass das Elektrifizierungsprogramm endlich Form annimmt.

Wir sorgen dafür, dass WLAN auch in Bussen und Zügen zunehmend zur Verfügung steht, wie es bei allen SÜWEX-Zügen im Land schon Standard ist.

Garantiert von A nach B

Wir führen die Mobilitätsgarantie für Rheinland-Pfalz ein. Das bedeutet für uns, dass wir mit einer klaren Definition eines Mindestangebots für den Nahverkehr (parallel zur Entwicklung des Rheinland-Pfalz-Taktes 2030) dafür sorgen, dass dem im Grundgesetz verankerten Anspruch der Daseinsvorsorge auch im ländlichen Raum Rechnung getragen wird. Dieses Mindestangebot kann sowohl über Linienverkehre als auch über Shuttle erfolgen, die je nach Bedarf eingesetzt werden. Wir werden einen Zugang und ein Ticket für alle Angebote im Nahverkehr im ganzen Land schaffen. Mit einem Rheinland-Pfalz-Tarif wollen wir ein einfaches, digitales Ticketsystem für alle Verkehrsmittel, das per Handy genutzt werden kann. Wir werden die Kommunen unterstützen, regionale Nahverkehrskonzepte zu entwickeln, um die Verkehrssituation zu verbessern. Mit dem neuen Nahverkehrsgesetz haben wir erreicht, dass in Zukunft auch Seilbahnen, Fähren und Sharing-Dienste unter den ÖPNV-Begriff fallen und damit von mehr Zuschüssen profitieren können.

Job-, Sozial- und 365-Euro-Ticket

Das Jobticket soll günstiger und ausnahmslos allen Beschäftigten von Unternehmen und Behörden zur Verfügung stehen. Für Schülerinnen und Schüler, Auszubildende und alle im Bundesfreiwilligendienst werden wir mit einem 365-Euro-Ticket ein günstiges und einfaches Angebot zur landesweiten Nutzung des Nahverkehrs schaffen. Bei der Einführung eines Sozialtickets für Menschen mit geringem Einkommen oder mit Anspruch auf SGB II-Leistungen werden wir die Landkreise und kreisfreien Städte als Aufgabenträger des ÖPNV unterstützen. Wir wollen zudem die Barrierefreiheit an allen Haltestellen und in allen Verkehrsmitteln garantieren.

Regionale Mobilitätspunkte

Bessere Mobilitätsangebote sind auch ohne den Bau neuer Verkehrswege möglich. Unser Ziel ist, dass im ganzen Land Mobilitätspunkte entstehen, an denen Radverkehr, E-Car-Sharing und Nahverkehr mit Park+Ride gebündelt werden und Menschen so leichter auf klimafreundliche Verkehrsmittel umsteigen können. Kurzzeitstellplätze, aber auch Mobilitätsberatung, Lademöglichkeiten für Elektroautos oder Pedelecs sowie Serviceangebote für Wartung und Reparatur sollen die Angebote abrunden. Für Mobilitätspunkte und Fahrradparkhäuser werden wir einen landesweiten Ausbau planen und diesen gemeinsam mit den Kommunen umsetzen.

Neue Mobilitätsformen – für eine flexible Zukunft

Flexibel, On-Demand und in Zukunft autonom: So sieht für uns die Mobilität von morgen aus. Wir wollen in den Kommunen E-Car-Sharing Angebote unterstützen und fördern und so eine elektrische und umweltfreundliche Mobilität jenseits des eigenen Autos aufbauen.

Anrufbusse und -taxen ergänzen bereits jetzt den Nahverkehr. Bürgerbuskonzepte werden dort gefördert, wo sie von den Kommunen gewünscht sind. Dazu bietet On-Demand mit Shuttleverkehren ungeahnte Möglichkeiten für die bedarfsgerechte Anbindung des ländlichen Raums an die Städte, auch in Randzeiten. Wir werden sie nutzen, um alle Orte in Rheinland-Pfalz zuverlässig anzubinden.

Mit einem neuen Fördertopf für innovative Verkehrsprojekte haben wir uns dafür eingesetzt, dass in Mainz ein Kompetenzzentrum für autonomes Fahren im Nahverkehr aufgebaut wurde, von dem wir weitere Formen der vernetzten Mobilität erwarten können. Komplett autonome Mobilität wird wohl frühestens ab 2040 möglich sein. Dennoch müssen schon jetzt die Weichen gestellt werden. Auf Bundesebene fordern wir die Anpassungen des Personenbeförderungsgesetzes und der Straßenverkehrsordnung, um digitale und On-Demand-Konzepte als Teil des Nahverkehrs zu etablieren. Im Land wollen wir auf die Erfahrungen mit On-Demand, Sharing-Modellen und Datenmanagement aufbauen, neue Technologien fördern und überall verfügbar machen.

Umstieg auf neue alternative Antriebe

Immer mehr Ladepunkte für E-Bikes und E-Autos sind in Rheinland-Pfalz in den vergangenen Jahren hinzugekommen. Eine wichtige Voraussetzung, um die E-Mobilität an allen Orten zu ermöglichen. Mit einem Sicherheitsladenetz wollen wir einen zügigen Ausbau der Ladeinfrastruktur erreichen, der den steigenden Bedarf an Ladestationen deckt. Überall im Land sollen sie im Radius von zehn Kilometern erreichbar und alle P&R-Plätze und Liegenschaften des Landes sowie Schulen im Land mit ihnen ausgestattet sein. Dabei setzen wir auf erneuerbaren Strom aus Solar-Paneelen, auch an allen P+R-Plätzen.

Wir wollen die Förderung ausweiten, um Städte dabei zu unterstützen, mehr Ladepunkte an Straßenlaternen in Wohngebieten anzubringen. Die Landesbauordnung passen wir mit Blick auf die verpflichtende Bereitstellung von E-Lademöglichkeiten bei der Wohnbebauung an. Insbesondere kleine und mittlere Unternehmen wollen wir dabei unterstützen, ihren Angestellten Lademöglichkeiten zu bieten. Um vollelektrische Pkw und Leichtkrafträder für Taxiunternehmen, Fahrschulen, Mietwagenunternehmen, Carsharing-Anbieter und Unternehmen sowie E-Lastenräder zu fördern, werden wir künftig E-Gutscheine vergeben.

Mit uns soll die Dienstwagenflotte des Landes auch für die untergeordneten Behörden bis 2025 komplett auf E-Mobilität umgestellt werden.

Wir wollen Rheinland-Pfalz zum Land des wasserstoffbasierten Schwerlastverkehrs machen. Die Herstellung innovativer Batterien soll Wertschöpfungsketten stärken und Arbeitsplätze in unserem Land schaffen.

Rückenwind fürs Rad

Das Rad liegt mehr denn je im Trend. Im Zuge der Corona-Krise treten die Menschen immer mehr in die Pedale. Diese Entwicklung muss genutzt und der Radverkehr weiter gestärkt werden. Wir setzen uns dafür ein, dass die Mittel für den Radwegebau entsprechend erhöht werden. Wir wollen daher das Ausbautempo beim

Um- Aus- und Neubau von Radwegen mindestens verdoppeln.Um den Bau zu beschleunigen, wollen wir, dass das Land die kompletten Planungs- und Baukosten für die Pendlerradrouten übernimmt. Ziel ist, alle Städte und deren Umland mit Pendlerradrouten anzubinden. Auf Landesebene werden wir einen Plan für den Ausbau erstellen. Die Empfehlungen für Radverkehrsanlagen, die ERA, sollen hier verpflichtend werden, um die Qualität im Radwegebau zu steigern. Dazu gehört für uns auch, das Radfahren sicherer zu machen und den Winterdienst deutlich zu verbessern. Wir wollen zudem die Beschilderung der Radwege verbessern und den Bau von Anlagen für Fahrräder voranbringen, beispielsweise Parkhäuser für Fahrräder in angemessener Größe planen und errichten.

Auf Landesebene wollen wir die Stelle einer*s Radverkehrsbeauftragten zur Beratung der Kommunen zu Fördermöglichkeiten schaffen, eine landesweiteArbeitsgemeinschaft fahrradfreundlicher Kommunen ins Leben rufen sowie Radverkehrskonzepte beratend und finanziell fördern. Beim Landesbetrieb für Mobilität wollen wir das Personal für Planung und Bau von Radwegen deutlich stärken.

Um Verkehrsmittel besser kombinieren zu können, werden wir dafür sorgen, dass die Mitnahme von Fahrrädern im öffentlichen Nahverkehr durchgehend und kostenfrei möglich ist. An Umstiegs-Stationen wollen wir ausreichend komfortable und sichere Abstell- und Lademöglichkeiten zur Verfügung stellen. Wir werden die jetzt schon bestehenden Möglichkeiten der Förderung verbessern und gerade Fahrradparkhäuser an stark frequentierten Umstiegs-Stationen gezielt unterstützen.

Um Fahrräder als klimaneutrales Alltagsverkehrsmittel voranzubringen, wollen wir das JobRad-Modell für Beamt*innen des Landes ermöglichen sowie darauf hinwirken, dass das Tarifrecht für die Angestellten des Landes für die Möglichkeit der Entgeltumwandlung zur privaten Nutzung eines Dienstfahrrads geöffnet wird.

Mehr Investitionen in die Schiene

Die Nichtbundeseigene Eisenbahnen (NE-Bahnen) im Nahverkehr sind ein wichtiger Faktor für den Tourismus, um den ländlichen Raum zu erschließen. Durch den Fördertopf zur Reaktivierung von Nichtbundeseigenen Eisenbahnen werden die Zellertalbahn und Wieslauterbahn saniert. Verschiedene Haltestellen sind im Netz der Deutschen Bahn hinzugekommen. Die Reaktivierung der Strecken S-Bahn Homburg-Zweibrücken und die Trierer Weststrecke, zuletzt durch unsinnige Vorgaben des Bundes verzögert, wird gerade umgesetzt. Und in Mainz fährt seit dieser Wahlperiode die erfolgreiche Mainzelbahn und entlastet die Stadt vom Autoverkehr.

Die Reaktivierungen für Personennah- und Güterverkehr werden wir mit gewohnter Hartnäckigkeit weiterverfolgen. Ebenso wollen wir stillgelegte Bahnhöfe reaktivieren oder neue Haltepunkte schaffen. Insbesondere die Aartalbahn – in Kooperation mit Hessen – hat für uns hohe Priorität. Auch im Hunsrück und in der Eifel wollen wir den Zug wieder aufs Gleis setzen. Der Zug ist das klimafreundlichste und komfortabelste Fortbewegungsmittel und erhöht zudem die Attraktivität des Lebens auf dem Land. Vom Bund werden wir weiterhin vehement fordern, dass Trier noch vor 2029 wieder an den Fernverkehr angebunden wird. Ebenso müssen die Bahnhöfe Bingen, Worms und Frankenthal wieder regelmäßig vom Fernverkehr bedient werden, um in Zukunft den Deutschlandtakt realisieren zu

können.

Straßeninfrastruktur: Erhalt vor Neubau

Erhalt vor Neubau – dieser Grundsatz muss auch weiterhin gelten. Der Neu- und Ausbau von Landesstraßen darf nur unter strengsten Auflagen mit vollständigem Ausgleich erfolgen.

Der Bundesverkehrswegeplan ist aus unserer Sicht nicht zeitgemäß, er muss unter Klimaaspekten dringend überarbeitet werden. Explizit lehnen wir die Ausbauprojekte des Bundes in Rheinland-Pfalz wie bei der A 1, A 60, A 643, B 10 und den Moselaufstieg bei Trier ab. Auch eine weitere Rheinquerung südlich von Ludwigshafen sowie bei Bingen lehnen wir ab.

Wir treten dafür ein, dass keine neuen Landesstraßenbrücken über den Rhein gebaut werden. Stattdessen setzen wir auf einen 24-Stunden-Fährbetrieb sowie auf neue Verkehrsmittel wie Seilbahnen.

Für leisere und sichere Straßen

Für das Straßennetz setzen wir auf Sicherheit, Umweltverträglichkeit und Lärmschutz. Für uns gilt das Konzept Vision Zero mit dem Ziel eines sicheren Straßenverkehrs, bei dem kein Mensch mehr sein Leben verliert. Wir wollen Tempo 30 auf klassifizierten Straßen innerhalb von Orten noch besserumsetzen und die Kommunen hierbei stärken. Modellprojekte für autofreie Innenstädte werden wir unterstützen.

Weniger Lärm

Für weniger Schienenverkehrslärmmuss der Bund Schiene und Lärmschutz zusammenbringen und das Maßnahmenpaket des Beirats Leiseres Mittelrheintal gegen den Bahnlärm am Mittelrhein umsetzen. Als langfristige Maßnahme unterstützen wir die Forderung nach einer alternativen Güterverkehrsstrecke zwischen Troisdorf und Bischofsheim.

Um Motorradlärm zu mindern, haben wir bereits als Bundesratsinitiative neue Regeln für die Drosselung von Motorrädern auf den Weg gebracht und setzen uns auch für strengere EU-Vorgaben ein.

Wir wollen auch weniger Fluglärm. Deswegen werden wir an dem Ziel festhalten, mit einem Nachtflugverbot von 22 bis 6 Uhr die Anwohner*innen zu entlasten. Das Luftverkehrsgesetz muss auf Bundesebene entsprechend geändert werden. Zudem setzen wir uns für ein bundesweites Luftverkehrskonzept ein, das den Schutz der Anwohner*innen vor Fluglärm bei allen Fragen des Luftverkehrs berücksichtigt. Wiederholte Verstöße gegen das Nachtflugverbot sind konsequent zu ahnden.